

Bau-Arbeitskampf bedroht EU-Vertrag

Baumeister kündigen Arbeitsvertrag – Bauarbeiter drohen mit Streik und Nein zu Bilateralen

NIKLAUS RAMSEYER, Bern

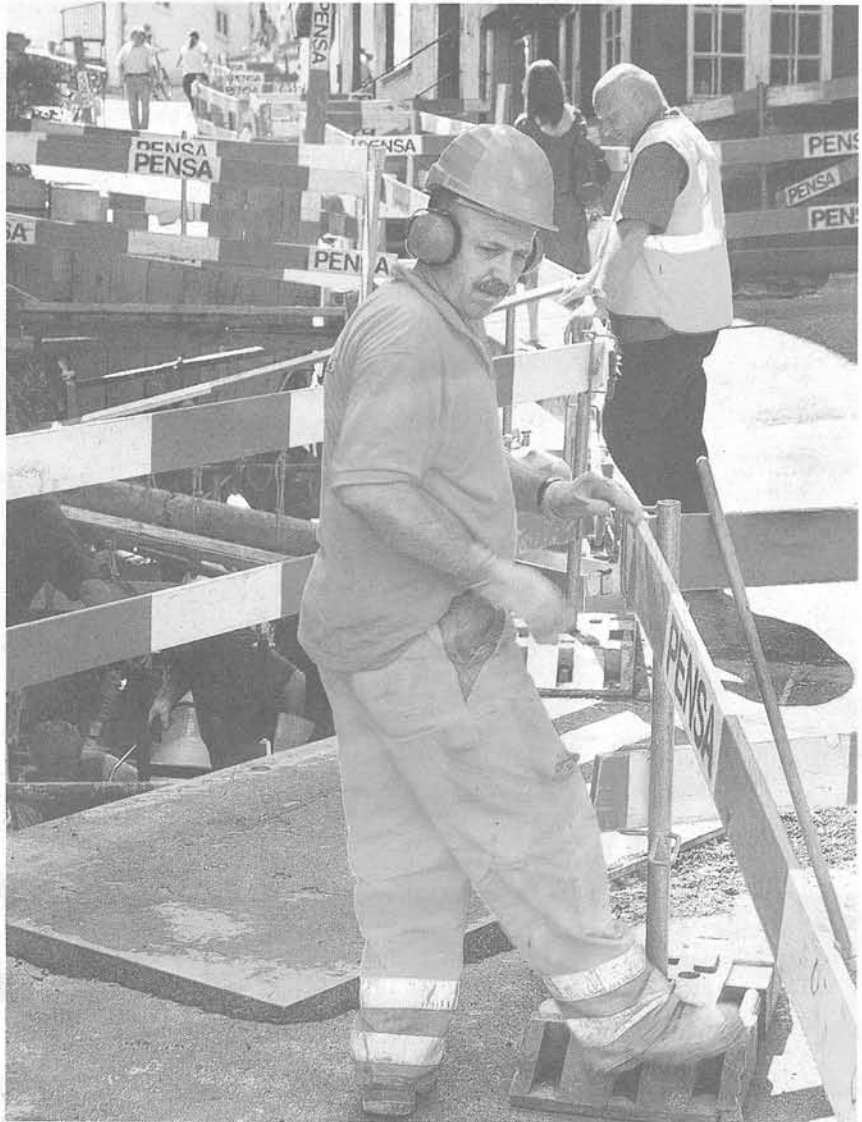
Die Baumeister haben den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit den Gewerkschaften auf 1. Oktober gekündigt. Die Bauarbeiter sind zu Kampfmassnahmen bereit – und drohen mit einem Nein zu weiteren Freizügigkeits-Verträgen mit der EU.

Die rund 80000 Bauarbeiter in der Schweiz wissen, was auf sie zukommt, wenn in ihrer Branche der «vertragslose Zustand» ab 1. Oktober Tatsache werden sollte: «Wir haben Angst um unsere Löhne», sagte der Maurer Ömer Peker Ende August stellvertretend für seine Kollegen einem «Blick»-Reporter auf der Baustelle St. Jakob in Basel.

Die Abstimmungen, welche die Gewerkschaft Unia derzeit in der ganzen Schweiz durchführt, zeigen eindeutige Resultate: 75 Prozent der Bauarbeiter zeigten sich notfalls zu Kampfmassnahmen bereit. Denn es geht beim Landesmantelvertrag (LMV), wie der Bau-GAV heisst, um mehr als nur um die darin festgelegten Mindestlöhne, wie die Gewerkschaftszeitung «Work» kürzlich gezeigt hat (siehe Tabelle). Der Vertrag regelt etwa auch den 13. Monatslohn oder die Ferien.

Im Juni hat die Spitze des Baumeisterverbandes den LMV auf Oktober gekündigt. Streitpunkt war mehr Flexibilität, die der Verband von den Arbeitern erwartet: Die Baumeister wollen die Bauleute etwa bei schlechtem Wetter heimschicken und sie später zur Kompensation nacharbeiten lassen.

«VERHANDLUNGSBEREIT». Seither versichern beide Seiten, sie seien zur Wiederaufnahme der Verhandlungen «ohne Vorbedingungen» bereit. Der Thurgauer FDP-Nationalrat Werner Messmer, der den Baumeisterverband präsidiert, sagt auf Anfrage aber, die Kündigung des Vertrags werde er nur zurücknehmen, wenn die Gewerkschaften auf die Forderung nach mehr Zeitflexibilität eingehen. Gleichzeitig versichern die Baumeister, sie würden die Bestimmungen des gekündigten LMV auch nach dem 1. Oktober einhalten.



Entschlossen. Rund 75 Prozent der Bauarbeiter sind laut Umfragen der Gewerkschaft Unia bereit, um ihren Gesamtarbeitsvertrag zu kämpfen. Foto Annette Boutellier

Aber die Gewerkschaften trauen dem nicht: Ein Bauarbeiter meint: «Ohne Vertrag werden immer mehr Leute geholt, die Jobs für Dumpinglöhne erledigen.» Schon heute würden allzu oft Mindestlöhne oder Nachtarbeitszulagen auf dem Papier versprochen, faktisch aber nicht ausbezahlt, klagen die Arbeiter. Schlagzeilen machten etwa unterbezahlte Ausländer auf der Baustelle für Michael Schumachers Luxusvilla.

GEFAHR FÜR BILATERALE. Zwecks Durchsetzung der «flankierenden Massnahmen» zur Personenfreizügigkeit mit der EU, die «ortsübliche Löhne» für alle garantieren, kontrollieren im Rahmen des LMV Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam die Baustellen. So wirke man «negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit entgegen», sagt Unia-Sekretär Hansueli Scheidegger.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER BAUARBEITER MIT UND OHNE GAV

	Gesetz	Landesmantelvertrag
Löhne	Keine Vorgaben	Verbindliche Mindestlöhne, die nicht unterschritten werden dürfen
13. Monatslohn	Keiner	13. Monatslohn obligatorisch
Ferien	4 Wochen	5 Wochen, 6 Wochen bis 20. und ab 50. Altersjahr
Lohnfortzahlung bei Krankheit	Je nach Anstellungsdauer zwischen 0 und 9 Monate	24 Monate ab dem 1. Arbeitstag
Kündigungsschutz bei Krankheit	Je nach Anstellungsdauer zwischen 0 und 6 Monate	24 Monate ab dem 1. Arbeitstag
Wöchentliche Arbeitszeit	50 Stunden	Arbeitszeitkalender mit durchschnittlich 40,5 Wochenstunden
Samstagsarbeit	Normaler Arbeitstag	Arbeiten nur ausnahmsweise und mit Lohnzuschlag gestattet
Bezahlte Feiertage	1 (1. August)	8

Quelle: Work

Die Unia weist darauf hin, dass auch die LMV-Löhne in den letzten Jahren fast zehn Prozent hinter der Produktivitätssteigerung zurückgeblieben seien. Scheidegger warnt: Ohne LMV könnte «der Bau in eine Dumpingspirale fallen». Und damit stünde «das Verhältnis der Schweiz zu Europa auf dem Spiel». Die Gewerkschaften hatten nur dank den soliden «Flankierenden» zur Personenfreizügigkeit Ja gesagt.

LEUTHARD BLEIBT PASSIV. Kommt es im vertragslosen Zustand auf dem Bau zu massivem Lohndumping, dürften die Werkstätigen bei der nächsten Abstimmung, die schon 2009 anstehen könnte, kaum mehr zu einem Ja zu bewegen sein.

Diese Gefahr sieht auch Baumeister-Präsident Messmer. Er hat das Gespräch mit der Schweizer Wirtschaftsministerin Doris Leuthard gesucht. Von einer Schlichtung des drohenden Streits auf dem Bau will man

in ihrem Departement aber nichts wissen. Leuthard lässt bloss verlauten, sie hoffe «auf die Vernunft der beiden Seiten». Doch heimlich bereitet sich der Bund – zusammen mit kantonalen Stellen – darauf vor, die Baustellenkontrollen ab 1. Oktober staatlich zu verstärken, damit die flankierenden Massnahmen nicht unterlaufen werden.

Derweil spitzt sich die Lage zu: Für den 22. September rufen die Bauarbeiter zu einer Grossdemonstration in Zürich auf. Ihre Patrons treffen sich am Dienstag davor zu einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Bern, um die Konsequenzen des vertragslosen Zustands zu besprechen.